

Empfehlung auch für Toni Brunner

St. Gallen. – Der Wahlkampf für die Ständeratswahlen im Kanton St. Gallen spitzt sich zu: Der kantonale sanktgallische Gewerbeverband (KGV) und die Industrie- und Handelskammer St. Gallen-Apenzell (IHK) empfehlen Toni Brunner zur Wahl. In einem gemeinsamen Communiqué teilten der KGV und die IHK am Mittwoch mit, dass sie folgende Kandidierenden für die Wahl in den Ständerat unterstützen: 1. Stimme: Erika Forster, FDP, bisher; 2. Stimme: Toni Brunner, SVP, neu, oder Eugen David, CVP, bisher. Diese Persönlichkeiten hätten grosses Verständnis für die Wirtschaft. (sda)

Kontrollen entlang von Schulwegen

Frauenfeld. – In einer koordinierten Aktion haben am Dienstag Polizeibeamte in neun Kantonen und im Fürstentum Liechtenstein Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt. Von 11 055 gemessenen Fahrzeugen waren 839 zu schnell unterwegs. 812 Übertretungen wurden mit Ordnungsbussen bestraft, wie die Kantonspolizei Thurgau am Mittwoch mitteilte. 27 Lenker zeigten die Polizeibeamten an. Die Kontrollstellen befanden sich entlang von Schulwegen auf Inner- und Ausserortsstrecken. Im Einsatz standen auch Polizisten der Kantonspolizei und der Stadtpolizei St. Gallen. (sda)

Klares Ja zu Videüberwachung

St. Gallen. – Die Stadt St. Gallen wird in Zukunft mit 36 Videokameras überwacht. Das Stadtparlament hat am Dienstagabend einen Kredit von rund 2,5 Millionen Franken deutlich gutgeheissen. Doch die SP will, dass das Volk entscheidet, ob es überwacht wird. Die Sozialdemokraten werden mit grosser Wahrscheinlichkeit das Referendum gegen den Parlamentsentschluss ergreifen, wie Ariane Krizko, politische Sekretärin der St. Galler SP, auf Anfrage sagte.

Das Stadtparlament hatte der Vorlage des Stadtrats mit 33 zu 23 Stimmen zugestimmt. Mit den 36 Videokameras sollen die Umgebung des sich im Bau befindlichen Fussballstadions AFG Arena im Westen und das Zentrum der Stadt für die Bevölkerung sicherer gemacht werden. Mit dieser Art der Überwachung des öffentlichen Raums nimmt die Stadt St. Gallen in der Schweiz eine Vorreiterrolle ein. Dagegen will sich die SP wehren und die Vorlage vor das Stimmvolk bringen. (sda)

Ihr Markenzeichen ist Klartext

Die CVP-Kantonsrätin Barbara Keller-Inhelder wäre bereit, im Herbst in den Nationalrat gewählt zu werden. «So könnte ich in Zukunft meine Vorstösse direkt in Bern behandeln», erklärt sie im Gespräch. Gut möglich, dass es soweit kommt.

Von Markus Timo Rüegg

Rapperswil-Jona. – Die Einfahrt zum stattlichen Anwesen an der Zürcherstrasse in Rapperswil-Jona ist eng, der dahinterliegende Garten und das Jugendstil-Haus sind aber grosszügig und einladend. Kantonsrätin und CVP-Nationalratskandidatin Barbara Keller-Inhelder begrüsst uns fröhlich, aufgeräumt und mit einem strahlenden Lachen, das überhaupt nicht mit dem Wetter korrespondiert. Draussen regnet es den ganzen Tag schon in Strömen, drinnen, im Esszimmer, spricht Keller vom Sommer, der eigentlich noch keiner war.

«Meine Familie ist mein Zentrum» «Manchmal geht mir schlechtes Wetter auch auf den Wecker. Dann spüre ich es so, dass ich am Morgen länger brauche, bis ich auf Touren komme.» Die 39-jährige Lehrbeauftragte ist verheiratet und Mutter der Zwillinge Aaron und Marina.

Das Geschwister-Paar ist 17 Jahre alt. «Die Familie ist bei uns das Zentrum. Wir besprechen alles, jeder wird mit seinen Sorgen und Freuden auf der Gegenseite herzlich und echt wahrgenommen», erklärt die lebens-



Frohnatur von Haus aus: Barbara Keller in ihrer Stube in Rapperswil-Jona.

Bild Markus Timo Rüegg

lustige Frau, deren leidenschaftliches Engagement für Politik und Gesellschaft von Herzen kommt und familiär vorbelastet ist.

Ihr Schwiegervater, Dr. Anton Keller, sass für die CVP während 16 Jahren im Nationalrat. «Auch wenn wir uns in politischen Sachfragen nicht immer einig sind, ist er insbesondere in sozialen und zwischenmenschlichen Bereichen mein Vorbild», erwähnt Keller, die frühmorgens auf Schwarztee als Muntermacher schwört. «Kaffee kann dem Schwarztee in dieser Beziehung das Wasser nicht reichen.»

Übertritt zu FDP oder SP?

Keller ist der festen Überzeugung, dass ihre Partei bei den diesjährigen Wahlen zulegen kann. «Die Talsohle wurde vor vier Jahren erreicht. Wir haben in unseren Reihen viele gute Leute, jetzt wird es aufwärts gehen», zeigt sie sich zuversichtlich. Hartnäckigkeit und Leidenschaft zählt sie zu ihren politischen Stärken, ihre manchmal zu offensive Art und ein permanenter Zeitdruck eher zu den Schwächen. Ob sie sich auch in einer anderen Partei wohl fühlen würde, fragen wir sie. «In der FDP und der SP bestimmt nicht», sagt sie postwendend. «Wenn schon, würde ich eine eigene Partei gründen.»

Ist ihre natürliche Schönheit in der Politik ein Vor- oder ein Nachteil? «Im ersten Moment kriegt man vielleicht mehr Aufmerksamkeit, manchmal stosse ich aber auch auf Skepsis. Was ich erlebe ist Neid, der meistens von anderen Frauen kommt und sich so

auswirkt, dass sie mich menschlich und nicht inhaltlich angreifen. Das kann ich nicht ausstehen.»

Humor und Spass Raum geben

Bezüglich ihrer Chancen, im Herbst gewählt zu werden, ist sie realistisch. Die Wahrscheinlichkeit, zusätzlich zu den drei bisherigen einen Sitz zu machen, sei klein. «Manchmal braucht es einfach Zuversicht und ein wenig Glück. Man weiss nie, wie es rauskommt, das macht Wahlen so span-

nend», lässt sie Optimismus durchschimmern. «Falls ich gewählt würde, könnte ich meine Vorstösse ohne Umwege direkt in Bern platzieren. Das wäre für mich eine schöne Herausforderung», so Keller weiter. Politisch weiterzukommen ist eines der Ziele, die sie verfolgt. «Allerdings ohne tierischen Ernst. Humor, Spass und Lachen sind mir wichtig. Ich versuche, dies in alle Sitzungen und Lebenslagen zu tragen. Das macht vieles erträglicher», sinniert sie.

Keller spricht Klartext

Zu den beiden Stichworten Filz und Seilschaften, die in der Politik nicht unüblich sind, hat Keller eine klare Haltung. «Filz ist widerwärtig. Da bekomme ich Brechreiz. Und Seilschaften wären zwar wichtig, sie liegen mir aber überhaupt nicht. Ich kann mich nicht verleugnen», antwortet Keller. Viele Politiker seien zudem zu weit weg von den Themen, welche die Menschen beschäftigen. «Das fördert das Vertrauen bestimmt nicht.»

Ein Markenzeichen von Keller ist, dass sie Klartext spricht. Das bringe zwar nicht immer Freunde, aber sie könne so offen und ehrlich politisieren. «Regierungsrat Joe Keller schätze ich als vollkommen integre Persönlichkeit, und Regierungsrätin Karin Keller ist in jeder Hinsicht ganz auf meiner Wellenlänge.» Zum Schluss zeigt sie uns ihren Keller, den sie kürzlich während sechs Wochen geräumt hat. «Das war fast so spannend wie politisieren. Es kamen viele geschichtliche Dinge zum Haus und zu meiner Familie zum Vorschein, die mich gedanklich mit Generationen von verstorbenen Familienmitgliedern in Verbindung brachten. Das hat mich sehr berührt.»

Kandidierende für Bern im Porträt

Der nebenstehende Beitrag ist Teil einer «Südostschweiz»-Serie zu den Kandidierenden für den Nationalrat aus Gaster und See.



Nachdem wir alle regionalen Anwärterinnen und Anwärter, die bisher noch keinem Parlament angehört, zu einer Selbstdarstellung ihrer Ziele im Rahmen der Rubrik «Wahl-Tribüne» aufgefordert haben, publizieren wir von jenen Kandidierenden des Linthgebietes, die als amtierende Kantonsratsmitglieder in die Nationalratswahlen gehen, je ein redaktionelles Porträt. Den Abschluss der Serie werden schliesslich Interviews mit den beiden bisherigen Nationalräten aus dem Linthgebiet bilden. (so)

Eine Frau mit Mut zum Risiko

Rapperswil-Jona. – Barbara Keller-Inhelder (24. August 1968) ist verheiratet mit Meinrad Keller. Ihre Kinder, Marina und Aaron, kamen 1990 als Zwillinge auf die Welt. Ihr Heimatort ist Sennwald SG. Keller ist seit 2000 CVP-Kantonsrätin. Von 1998 bis 2004 präsidierte sie die CVP Jona, sie ist im Vorstand der CVP-Frauen des Kantons St. Gallen und Delegierte der CVP Schweiz. Weiter amtiert sie als Vizepräsidentin des Energieforums Linth. Diverse Mitgliedschaften (Schützenverein Jona, HEV, Frauen- und Müttergemeinschaft, Gemeinnütziger Frauenverein, Zürichsee Landschaftsschutz, IG-Tunnel Rapperswil-Jona, Verein Speerblick Uznach, Verein Taderass und andere mehr) ergänzen ihre Aktivitäten.

Barbara Keller liest fürs Leben gerne spannende Bücher, bevorzugt

die italienische Küche und kennt sich in den Nuancen von «Most frisch ab Presse» genauso gut aus wie andere bei jenen der Weine. Politische Vorstösse wie «Verbot für Einfuhr, Zucht, Verkauf und Haltung von Kampfhunden», «Fahrprüfung nur noch in den vier Landessprachen» (im Kanton St. Gallen umgesetzt, auf Bundesebene in Bearbeitung), «die Verschärfung der bestehenden Gesetzgebung für straffällige Asylsuchende» oder «Zivilschutzanlagen als Unterkünfte für Asylsuchende» machten sie über die Kantonsgrenzen hinaus bekannt. Keller spricht oft Klartext und zeigt in vielen politischen Bereichen Mut zum Risiko. Das polarisiert zwar, könnte sie auf der Politleiter aber auch genauso gut weiter nach oben bringen. Das Rüstzeug dazu hat sie. (mtr)

Die St. Galler Regierung wirbt für den Finanzausgleich

Die Regierung empfiehlt den Stimmberechtigten das neue kantonale Finanzausgleichsgesetz und die Umsetzung des Finanzausgleichs (NFA) des Bundes zur Annahme. Die SP-Initiative «Steuergerechtigkeit für Familien» lehnt sie ab.

St. Gallen. – Die drei Vorlagen kommen am 23. September zusammen mit zwei weiteren zur Abstimmung. Die Regierung erläuterte an einer Medienkonferenz am Mittwoch ihre Haltung. Finanzdirektor Peter Schönenberger warb für den neuen innerkantonalen Finanzausgleich. Gerade auch den finanzschwachen Gemeinden könne der neue Finanzausgleich gezielter helfen als der bisherige. Das neue System sei «hoch solidarisch»,

betonte Schönenberger. Als Mangel des geltenden Finanzausgleichs nannte der Finanzdirektor vor allem die Einschränkung der Autonomie der Gemeinden, die Ausgleichsbeiträge erhalten. Weil die Beiträge direkt von der Ausgabenpolitik der Gemeinden abhängig seien, fehlten Anreize für einen sparsamen Umgang mit den Mitteln.

Mehr Autonomie für Gemeinden

Wichtigstes Instrument des dreistufigen neuen Finanzausgleichs ist laut Schönenberger der Ressourcenausgleich. Der Kanton springe bei ärmeren Gemeinden «quasi als zusätzlicher Steuerzahler» ein – ohne den Gemeinden dabei Vorschriften über die Verwendung des Geldes zu machen. Der bisherige Maximalsteuereffuss wird innert einer Übergangszeit

von 15 Jahren abgeschafft. Neu soll eine «Interventionsgrenze» verhindern, dass Steuerfüsse ins Untragbare klettern. Die Grenze ist erreicht, sobald die Kantons- und Gemeindesteuern in einer Gemeinde zusammen sechs Prozent über dem kantonalen Durchschnitt liegen. Der Finanzdirektor widersprach dem Argument einer «Splittergruppe» von Gemeindevertretern, wonach der Systemwechsel die Kantonsverfassung verletzen könnte. Gemeinden mit besonderen strukturellen Nachteilen könnten weiterhin auf die Unterstützung des Kantons zählen.

NFA: St. Gallen profitiert

Nicht umstritten ist der «NFA-Mantelerlass»: Zur Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund

und Kantonen (NFA) müssen eine Reihe kantonaler Gesetze angepasst werden. Regierungspräsidentin Kathrin Hilber wies darauf hin, dass der Kanton St. Gallen durch die NFA mit rund 110 Millionen Franken jährlich entlastet wird. Davon werden 52 Millionen an die Gemeinden weitergegeben.

«Problematische» Steuerinitiative

Ein Nein empfiehlt die Regierung zur SP-Steuerinitiative. Mit dem Systemwechsel soll neu ein Kinderabzug nicht mehr beim steuerbaren Einkommen, sondern direkt beim Steuerbetrag möglich sein. Für Finanzdirektor Peter Schönenberger wäre dies «äusserst problematisch». Der steuerliche Kinderabzug würde zu einem eigentlichen Kindergeld umfunktioniert. Steuerzahler mit sehr geringem Ein-

kommen, die keine oder nur sehr wenig Steuern zahlen müssen, könnten nicht profitieren. Dies sei sozialpolitisch inkonsequent und rechtswidrig, bemängelte Schönenberger.

Nicht umstritten sind zwei weitere Abstimmungsvorlagen: Für 47 Millionen Franken soll auf dem Areal des Kantonsspitals St. Gallen ein Neubau für die Institute für Pathologie und Rechtsmedizin entstehen. Die beiden Institute sind heute in verschiedenen Gebäuden untergebracht und leiden unter Raummangel.

Ein Ja empfiehlt die Regierung auch zur Anpassung des kantonalen Einführungsgesetzes zum Berufsbildungsgesetz des Bundes. Damit werden erstmals alle anerkannten Berufslerngänge einheitlich geregelt. Zudem ist das Gesetz ein Bekenntnis zur dualen Berufsbildung. (sda)